

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung
des Eingabeausschusses
am **Dienstag, 11. März 2014, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

24. März 2014

1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Günther Schnell, Vorsitzender, SPD
Joachim Schleißing, 1. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Georg Lewandowski, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Volker Zeidler)
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Karl Schöberl)
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dorothee Köpp)
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Renate Gaß, Mitglied, Kasseler Linke
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Bernd Wolfgang Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates
Kristina Quanz, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, Mitglied, CDU

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ute Pähns, Sozialamt
Thomas Aleschewsky, Eingabesteller

Tagesordnung:

2 von 6

- | | |
|--|-------------|
| 1. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen | 101.17.1180 |
| 2. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten | 101.17.1181 |
| 3. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden | 101.17.1182 |

Vorsitzender Dr. Schnell eröffnet die mit der Einladung vom 4. März 2014 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Eingabeausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Schreiben des Eingabestellers betr. Antrag zur heutigen Sitzung des Eingabeausschusses, betr. TOP 1-3, mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung vor Aufruf des heutigen TOP 1, vor. Es wird eine kurze Lesezeit eingelegt.

Im Anschluss stellt Stadtverordneter Bayer, Piraten, den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte

1. **Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1180 - ,
2. **Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1181 -
und
3. **Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1182 -

in die jeweiligen Fachausschüsse zu überweisen.

Stadtverordneter Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, spricht sich dagegen aus.

Der Eingabeausschuss fasst bei:

Zustimmung: --

Ablehnung: einstimmig

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten, die Bürgereingaben 1 bis 3, in die jeweiligen Fachausschüsse zu überweisen, wird **abgelehnt**.

Vorsitzender Dr. Schnell stellt die Tagesordnung fest.

1. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1180 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen (bauliche Zusammenstellungen einzelner Wohncontainer-Module zu Gebäudeeinheiten) aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in sogenannte Wohncontainer-Anlagen beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sogenannte Wohncontainer-Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Gestalt sogenannter Wohncontainer-Anlagen weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Herr Aleschewsky begründet die Bürgereingabe und redet nach der Aussprache ein kurzes Schlusswort. Stadtkämmerer Dr. Barthel verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme und beantwortet gemeinsam mit Frau Pähns, Leiterin Sozialamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen, 101.17.1180, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. **Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten** 4 von 6
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1181 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Industrie- und Gewerbegebieten oder unmittelbar angrenzend an Industrie- und Gewerbegebieten aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in Gebäuden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Die Bürgereingabe wird vom Eingabesteller Herrn Aleschewsky begründet. Nach der Aussprache spricht er ein kurzes Schlusswort. Die sich anschließenden Nachfragen werden von Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

Der Eingabeausschuss fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten, 101.17.1181, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Blutte

3. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden

5 von 6

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1182 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Schaffung weiterer großer Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, große Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder durchzuführen noch auszuschreiben und auch nicht zu genehmigen.

Der Magistrat wird aufgefordert, bestehende Verträge mit Dritten zum Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu verlängern noch neu auszuschreiben.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende dezentral, verteilt über das Stadtgebiet, sowie generell in Wohnungen unterzubringen.

Herr Aleschewsky begründet die Bürgereingabe. Im Rahmen einer Diskussion ändert Herr Aleschewsky die Bürgereingabe folgt ab und streicht die Absätze drei bis sieben.

• Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Nach der Aussprache spricht Herr Aleschewsky ein Schlusswort.

Der Eingabeausschuss fasst bei

6 von 6

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, 101.17.1182, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

Dr. Günther Schnell
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer